

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1872

37 (26.3.1872)

Der Landbote.

Anzeiger

für den Amtsbezirk Sinsheim und Umgebung.

N^o 37.

Erscheint 3mal wöchentlich,
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Dienstag den 26. März

Einrückungsgebühr: die ein-
spaltige Zeile 3 kr. 1872.

Badischer Landtag.

Politische Umschau.

K. C. Karlsruhe, 20. März. In der heutigen letzten Sitzung der II. Kammer erklärt bei der Verabreichung des Finanzgesetzes der Abg. Eller zunächst seine Zustimmung, findet aber die Finanzlage und die Art der Deckung des Deficits nicht beruhigend und wünscht endlich, daß die Regierung wegen der als notwendig erklärten Vereinfachungen und Ersparungen im Staatshaushalte die nöthigen Vorarbeiten bis zum nächsten Landtage mache. — Der Abg. Blum vermißt in den Ausführungen Ellers die genaue Angabe, wo gespart werden könne; mit diesen allgemeinen Behauptungen sei nichts geleistet. Der Staat habe Kulturzwecke zu erfüllen, die auch der Abg. Eller wolle; daher sei es unredlich, und verriethe Mangel an Muth, wenn man dem Volke von der Möglichkeit erheblicher Ersparungen rede. — Der Abg. Vender erklärt, er und seine Freunde geben, obwohl mit großer Selbstverleugnung, dem Gesetze ihre Zustimmung, wollen damit aber keineswegs ihre Uebereinstimmung mit den Grundsätzen und Anschauungen der Regierung kund geben. Eine solche liege keineswegs vor und nimmt der Redner in dieser Richtung namentlich Bezug auf die letzten aus der Initiative der Kammer hervorgegangenen Gesetze und auf die Stellung der Regierung zu denselben. — Finanzpräsident Ellsäcker dankt den verschiedenen Parteien für die Loyalität, mit der sie sich bemühen, der Staatsverwaltung keine Schwierigkeiten zu bereiten, widerlegt Ellers's Finanzbedenken, erklärt an den alten bewährten Traditionen der badischen Finanzpolitik festhalten zu wollen; das Deficit habe nichts Beängstigendes und werde wahrscheinlich durch die Einnahmehörschüsse gedeckt. Der Abg. Schulz ist mit dem Regierungssystem durchaus nicht einverstanden, hält die gegenwärtige Staatsleitung für verderblich und wird daher gegen das Finanzgesetz stimmen, die Steuern verweigern. Nachdem noch der Abg. Ehard und Friderich gegen Schulz und Eller gesprochen haben und nach einigen persönlichen Bemerkungen wird das Gesetz mit allen gegen eine Stimme (Schulz) angenommen. Es folgten Petitionsberichte. — In den ständischen Ausschuss werden gewählt die Abg. Ehard, Friderich, Kriener, Kiefer, Paravicini, Tritscheller. Bei Ansetzung derjenigen 31 Mitglieder des Hauses, deren Mandat am 1. Juli 1873 erlischt, werden gezogen die Abg. Blum, Ehard, Eichelbörfer, Fleiner, Friderich, Gerer, Gerwig, Grether, Gutmann, Hansjakob, Heilig, Deune, Hofmann, Kuffschmid, Jankhofer, Jolly, Kriener, Lang von Karlsruhe, Müller von Radolfszell, Müller von Pforzheim, Neumann, Nicolai, Pfleger, Reichert, Richter, Röder, Schulz, Schuster, Söcher, Tritscheller und Wuttm. Nachdem dieses Geschäft erledigt ist, schließt Präsident Kriener die Sitzung mit einem Ueberblick auf die Thätigkeit des Landtags, worauf das Haus dem Präsidenten für seine Geschäftsführung dankt.

Karlsruhe, 20. März. Aus der Fülle der reichen Tagesordnung der heutigen Sitzung der I. Kammer heben wir nur hervor, daß die sämtlichen vorliegenden Budgets, wie sie aus den Beratungen der II. Kammer hervorgegangen sind, angenommen wurden. Eine große Anzahl von Assistenten beim Eisenbahnbetrieb, deren Gehalt von der II. Kammer von 1000 fl. der Regierungsvorlage auf 900 fl. herabgesetzt worden ist, haben sich mit einer Petition an die I. Kammer gewendet, um auf diesem Wege noch eine Aenderung des betr. Beschlusses herbeizuführen; die Kommission bedauert lebhaft, daß sie nicht befugt ist, dem hohen Hause die Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu empfehlen, was sie aus verschiedenen Gründen sonst für angezeigt gehalten haben würde. Die Petition wird der Regierung zur Kenntnissnahme überwiesen, ein Antrag auf empfehlende Ueberweisung wird aus verfassungsrechtlichen Gründen abgelehnt; der Handelsminister erklärt, daß die Regierung Sorge tragen werde, billigen Anforderungen, besonders der thätigen Kräfte unter dieser Beamtenschaft aus den vorhandenen Mitteln gerecht zu werden. Vom Vertreter der Universität Freiburg Prof. Degenfels wurde die Nothwendigkeit des Bau's der Augenklinik in Freiburg hervorgehoben, wie es auch in der II. Kammer geschehen ist; des Staatsministers Auslassungen hierüber waren im Wesen dieselben, wie die im andern Hause vorgebrachten. Ueber den aus der Mitte der II. Kammer hervorgegangenen Gesetzentwurf, die Lehrwirksamkeit der Ordensmitglieder betreffend, liegt der Bericht des Oberhofrichters Oßircher vor; der Antrag der Kommission geht auf Beitritt zu dem Gesetzesentwurf. Gegen denselben treten v. Bodmann und v. Röder auf, wogegen Graf Verlichingen unter Andern sich dafür erklärt. Das Gesetz wird gegen 4 Stimmen angenommen. (v. Bodmann, Graf v. Kageneck, v. Röder und Karl v. Gemmingen.) Ueber das zweite Gesetz, die Missionen betreffend, hat der Geh. Rath Dr. Herrmann Bericht erstattet; der Antrag geht gleichfalls auf Beitritt zu dem Gesetze; dagegen spricht Graf v. Kageneck, daß der Geh. Hofrath Dr. Zeller, wogegen Graf Verlichingen sein ablehnendes Verdict motivirt; worauf das Gesetz gegen 5 Stimmen (v. Bodmann, v. Kageneck, v. Röder, Karl v. Gemmingen und Verlichingen) angenommen wird.

Wie von mehreren Blättern versichert wird, haben die Vorarbeiten für die Aufstellung eines „Statuts der katholischen Kirche in Elsaß-Lothringen“ begonnen. Dasselbe soll auf Grund der „organischen Artikel“ vom 15. Juli 1801 in's Leben treten.

Die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung in Baden vom 1. Dez. v. J. sind nunmehr von den Steuerperäquatoren für die Amtsbezirke, von den Kreis-Steuerrevisionen für die Kreise und vom statistischen Bureau für das Land zusammengestellt worden. Darnach betrug am Zählungstage die anwesende Bevölkerung 1,461,428 gegen 1,434,970 im Jahr 1867. Die Zunahme während der vierjährigen Zählungsperiode belief sich somit auf 26,458 oder 1,84 Proz., durchschnittlich im Jahre 6615 oder 0,46 Proz. Die Zahl der Haushaltungen war 295,709 (gegen 286,657 im Jahr 1867, also 9052 oder 3,16 Proz. mehr). Unter den Einwohnern waren 712,763 Männer und 748,665 Frauen. Die Bevölkerung der Kreise war: Konstanz 126,208, Billingen 69,859, Waldshut 80,196, Freiburg 195,941, Lörrach 91,204, Offenburg 147,642, Baden 125,672, Karlsruhe 240,034, Mannheim 101,242, Heidelberg 131,578, Mosbach 151,852. Die größeren Städte hatten folgende (anwesende) Bevölkerung: Mannheim 39,614, Karlsruhe 36,622, Freiburg 24,599, Heidelberg 19,988, Pforzheim 19,801, Rastatt 11,559, Baden 10,083, Konstanz 10,052, Bruchsal 9786, Lahr 7710, Weinheim 6350, Durlach 6327, Lörrach 6085, Offenburg 5756, Billingen 5366, Ettlingen 5092. Alle diese Orte haben an Einwohnerzahl, zum Theil sehr erheblich, zugenommen. Unter den übrigen Städten dagegen hat die größere Hälfte abgenommen; ebenso die Mehrzahl der ländlichen Gemeinden. Unter den Amtsbezirken hat die Hälfte zu-, die Hälfte abgenommen; von den Kreisen haben 7 mehr, 4 weniger Einwohner als 1867. Diese Verhältnisse beruhen offenbar auf einem wachsenden Zuzuge aus den kleineren Städten und vom Lande in die größeren Städte. Am deutlichsten spricht sich diese Erscheinung darin aus, daß die Zunahme der Bevölkerung der fünf größten Städte 19,067 beträgt, also nahezu ebensoviel wie die Zunahme der ganzen Landesbevölkerung. Der Geburtenüberschuss in den 4 Jahren von 1867 bis 1871 war 43,601. Da die Bevölkerung nur um 26,458 wuchs, so müssen 17,143 Personen (der Unterschied beider Zahlen) durch den Austausch der Bevölkerung mit dem Auslande, vornämlich durch die Auswanderung nach Amerika, dem Lande entzogen worden sein.

Aus Straßburg wird dem „Industr. all.“ geschrieben: Es ist mit der Zerstörung der Mauern der Zitadelle begonnen worden; und nach der Art zu urtheilen, wie man die Arbeiten in Angriff genommen hat, scheint es, daß man sie rasch zu Ende führen will. Zwei Lanetten sind schon verschwunden und zwar diejenigen, welche am meisten gegen den Kleinen Rhein vorsprangen. Die weggenommene Erde wird sofort zur Ausfüllung der Gräben verwendet, und so korrespondirt mit der Abtragung der Mauer die Nivelirung, die so sehr leicht bewerkstelligt wird. Auf einem Raum von 400 Quadratmetern habe ich beinahe 200 Arbeiter gezählt. Man sieht hieraus, daß die Projekte für Abänderung der Umwallung und Vergrößerung der Stadt sehr ernst genommen werden.

Auch der deutsche Botschafter hat sein — wenn man will „geflügeltes“ — Wort über den Prinzen Friedrich Karl von Preußen in Italien gesprochen. Was denken und sagen denn Sie über dies Beisammensein? fragte man den Botschafter, der

längere Zeit ein stiller Zuhörer der mehr oder weniger gewagten Kombinationen gewesen war, welche ein größerer Kreis von Politikern zum Besten gegeben. „Ich denke,“ erwiderte Hr. von Schweinitz trocken, daß, „wenn zwei sehr gute Freunde zusammenkommen, sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht die Absicht haben, sich einander die Hälse zu brechen.“

Dem „Frankf. Z.“ schreibt man von Berlin: Wie in militärischen Kreisen erzählt wird, haben außer den bekannten Generalen einige Militärpersonen, die im letzten Kriege besonders verdienstvoll hervorgetreten sind, kleinere Dotationen erhalten. Das Geld hierzu war vorhanden, denn die 4 Millionen, die der Reichstag bewilligt hatte, stellte der Finanzminister dem Kaiser sofort nach Publikation des Dotationsgesetzes zur Verfügung. Da aber die Ausführung des Gesetzes fast drei Viertel Jahre sich verzögert hat, so waren von den 4 Millionen bis 80,000 Thlr. Zinsen abgelaufen, die zu den kleineren Dotationen verwendet worden konnten. Wie erzählt wird, kommen die kleineren Dotationen in Höhe von 5000 bis 10,000 Thlr. zur Vertheilung und wahrscheinlich ist erst ein Theil des Zinsbetrags vorausgabt worden.

Ein Artikel der Wochenschrift „Im neuen Reich“ skizziert den Inhalt des Reichspressgesetzes in folgender Weise: Die Kautionspflicht ist aufgehoben und ebenso, was sich mit der nordd. Gewerbeordnung nicht verträgt. Das Beschlagnahme-Verfahren soll dahin geändert sein, daß die Beilagen verschont bleiben, der Grund der Beschlagnahme mitgeteilt und für die Bestätigung der Beschlagnahme die Frist auf 12 Stunden für den Staatsanwalt, auf 3 Tage für die Reichskammer verlängert wird. Dagegen sollen die eigentlichen Preßkontrollvorschriften (Verantwortlichkeit von vielerlei Personen, Confiscation, Verbot auswärtiger Zeitungen) aus dem preußischen Gesetze in den Entwurf hinübergenommen sein.

Wie der „Gazzetta d'Italia“ aus Berlin geschrieben wird, wäre nunmehr der Abschluß eines Deutsch-Italienischen Defensiv-Allianzvertrages eine beschlossene Sache. Der betreffende Korrespondent, von dem die Redaktion zwar ausdrücklich bemerkt, daß sie alle Ursache habe, seine Nachricht für richtig zu halten, indem Schreiber vermöge seiner Stellung vollkommen informiert sein könne, dessen Mittheilung aber gleichwohl mit Vorsicht aufzunehmen ist, theilt hierüber Folgendes mit: „Ich kann Ihnen versichern, daß jetzt der Abschluß eines Defensiv-Allianzvertrages zwischen Deutschland und Italien in unzweifelhafter Weise beschlossen ist. Im Laufe der letzten Tage fanden mehrere Konferenzen zwischen dem Italienischen Gesandten und dem Fürsten Bismarck statt und wurde das Vertragsconcept vollendet, welches der von hier abgereiste Graf Arnim in Person nach Rom überbringt, um es der Approbation Ihrer Regierung zu unterbreiten. Der Vertrag betrifft nur den Defensivfall und setzt fest, wann jede der beiden Mächte verpflichtet ist, die Waffen zur Unterstützung der anderen zu ergreifen. Er garantiert den gegenseitigen Besitz der von den beiden Nationen innegehabten Territorien, was mit anderen Worten für Italien die Zusicherung Roms und Elß-Lothringens für Deutschland bedeutet. Er setzt endlich noch fest, daß im Falle der Nothwendigkeit eines Krieges sich beide Mächte einigen. Diese Mittheilung dürfte vielleicht noch von interessirter Seite demontirt werden, aber Sie werden nicht irre gehen, dieselbe aufrecht zu erhalten, und wie immer es sei, Sie werden in der Folge vollkommen Recht behalten.“

Das als offizielles Organ bekannte Journal „Vien Public“ bespricht die in den Zeitungen umlaufenden Gerüchte von angeblich gebildeten oder in Bildung begriffenen neuen politischen Allianzen, betont dem gegenüber das Bedürfnis Frankreichs nach Ruhe und einem lange währenden Frieden, und erklärt als Programm der französischen Republik von 1872: „Würde nach außen, Festigkeit nach innen!“

In dem Buche des Herzogs v. Gramont ist namentlich auch das Kapitel über die süddeutschen Staaten von Interesse. Der Herzog will jetzt niemals die Neutralität derselben für möglich gehalten haben, wenn nicht ihr Gebiet von vornherein besetzt werden konnte, was allerdings der ursprüngliche Plan gewesen wäre. Andere Zeugnisse lauten bekanntlich sehr verschieden über das, was das Tuilerienkabinet von den süddeutschen Höfen erwartet hatte. Wie man aus einer Anmerkung des Buches erfährt, hat der franz. Gesandte in Stuttgart eine Broschüre veröffentlicht, in welcher er über eine Unterredung berichtet, welche er am 26. Juli mit Gramont gehabt hätte. Dieser will die Genauigkeit derselben bestreiten. Es ist sein alter Streit

mit St. Vallier, der noch nicht ganz aufgeklärt ist. Dieser hat die Verbreitung der Broschüre, wie es scheint, später innegehalten. Das Buch Gramonts strotzt übrigens von Haß gegen Deutschland und von halben oder ganzen Unwahrheiten.

Die gerichtliche Untersuchung in Madrid über den an Prim begangenen Mord ist nach der „N. Fr. Pr.“ beendet worden. Dieselbe ist ganz ohne Ergebnis geblieben. Und doch hat man über 1200 Leute in der Sache beeheligt und eine sehr große Zahl länger als Ein Jahr im Gefängnis gehalten. Man spricht davon, die Untersuchung solle aufs Neue eingeleitet werden. So dürfte es bald keinen Spanier mehr geben, der nicht in diese Untersuchung verwickelt würde.

Deutsches Reich.

— Sinsheim, 23. März. Dem in ihrem Blatte bereits erschienenen Bericht vom 22. d. M. über die Feier des Geburtsfestes Seiner Majestät des Deutschen Kaisers in hiesiger Stadt ist nachzutragen, daß sich am Abend des Festtages Angehörige aller Stände im Lokale der Gesellschaft „Casino“ zu einem Bankett versammelt haben. Herr Oberamtmann Frey toastirte in beredten kernigen Worten auf den mit hohen Tugenden geschmückten Deutschen Kaiser Wilhelm I., gedachte der unter seiner Führung vollbrachten ruhmvollen Siege der deutschen Heere und der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und schloß mit dem Wunsche, daß Deutschland noch recht oft das Geburtsfest des erhabenen Schirmers unseres Reiches feiern möge, welcher Ausspruch in einem wohlgelungenen Salamanderkräftigen Wiederhall fand. Die allgemeine Freude wurde nicht wenig erhöht durch die vaterländischen Lieder, welche der hiesige Liederklub unter der tüchtigen Leitung des Herrn Löwenwirths Schweinfurth vortrug. Allen Anwesenden gereichten aber insbesondere auch die trefflichen Einzelvorträge des Herrn Schulverwalters Egel zum größten Vergnügen, so daß in ungetrübter Heiterkeit bei gutem Bier die Gesellschaft bis um Mitternacht bei einander blieb.

Karlsruhe, 21. März. Der Landtag ist heute im Auftrage des Großherzogs durch den Staatsminister Jolly geschlossen worden. In der Schlußrede wirft der Großherzog einen Rückblick auf die Arbeiten des Landtages, wobei auch der scharfe Meinungsgegensatz erwähnt wird, der naturgemäß bei den bekannten Gesetzen über das Verhältniß zwischen Kirche und Staat hervorgetreten sei. Der Großherzog gibt sich indeß gern der Hoffnung hin, daß der von allen Seiten mit froher Genugthuung begrüßte Friede auf kirchlichem Gebiet werde erhalten bleiben. Die Regierung werde in Uebereinstimmung mit ihren Wünschen bestrebt sein, unter fester Aufrechterhaltung der Gesetze und der unveräußerlichen Rechte des Staates durch billige Schonung jeder innern religiösen Ueberzeugung, soviel an ihr liegt, zu jenem schönen Ziele beizutragen. Die Rede schließt: Der innigste Wunsch womit der Großherzog Sie bei der Rückkehr in die Heimath begleitet, ist der, es möge das fröhliche Gedeihen des Landes als eines kräftigen Gliedes des glorreichen wiedererstandenen deutschen Reiches dauern und stetig wachsen.

Karlsruhe, 21. März. Die Gesetzentwürfe über Ordens-Lehranstalten und Missionen müssen denn doch wohl ein Theil Berechtigung haben, da sie auch in der ersten Kammer mit großer Mehrheit angenommen wurden, die ja auch nach Ansicht der Gegenparteien sonst dem verderblichen Einfluß der „Bourgeoisie“ entzogen ist.

Mühlhausen, 16. März. Der „Industriell Alfaciens“ schreibt: „Eine gute Nachricht für Elß-Lothringen geht uns aus Straßburg zu. Die Anlegung des Kanals von Ludwigshafen-Mannheim nach Straßburg ist beschlossene Sache. Die Arbeit soll in etwa 3 1/2 Jahren vollendet werden. Der Kanal wird eine Breite von 140, eine Tiefe von 4 Meter erhalten.“

Stuttgart, 21. März. In der gestrigen Abend Sitzung der Abgeordneten-Kammer erklärte der Finanzminister auf eine bezügliche Anfrage Desterlens: Der Reichskanzler habe vorgeschlagen, die Kriegskontribution zwischen den Staaten des ehemaligen Norddeutschen Bundes, Bayern, Württemberg und Baden nach dem Maßstabe der Kriegseleistungen zu vertheilen. Württembergs Vorschlag einer Kombination der Bevölkerungszahl und der Kriegseistung sei nicht unterstützt worden, dagegen habe der Vorschlag, eine Unterscheidung zwischen mobiler und immobiliter Mannschaft zu treffen, Zustimmung gefunden. Eine militärische Kommission sei mit der Angelegenheit beschäftigt um eine reichsgesetzliche Regelung zu erwarten.

München, 21. März. Nicht geringes Aufsehen, namentlich in kirchlichen Kreisen, erregen hier die Angriffe, welche der ultramontane Theil der unterfränkischen Geistlichkeit gegen den neuen Bischof Reismann in Szene setzt und deren Widerhall das hier erscheinende Vaterland gibt. Dr. Reismann, den von ihm gehegten Erwartungen entsprechend, scheint wirklich großer Mäßigung sich zu befleißigen und dadurch der Kurie vielleicht einen besseren Dienst zu erweisen, als diese selber anerkennt. Er wird deshalb als blindes Regierungswerkzeug verschrien und in einem der betreffenden Artikel heißt es geradezu: Es gibt ganze Pfarredörfer, in denen kein Mensch an die Unfehlbarkeit glaubt, weil der Pfarrefiskus für die Ausbreitung der Lehre nicht wirken darf. Daß man von ultramontaner Seite diese Zurückhaltung als eine Art von Kirchenverath denunziert, das beweist, mit welcher blinder Wuth die Vertrauensmänner der Kurie hier zu Lande in's Feud gehen. Und Angesichts solcher Zustände berief man sich in der Kammer auf den Frieden, der in Württemberg herrsche — so aber ein bayerischer Bischof das dort geübte weise Verfahren nachzuahmen sucht, beschuldigt man ihn des Verraths!

München, 22. März. Der König hat anbefohlen, daß auch heuer am Osterfeste 1000 Arme der Stadt auf Kosten der Kabinetskasse bewirthet werden. Es sind zu diesem Behuf die Distriktskommissäre beauftragt, würdige Arme zu benennen und zehn Gasthäuser ausgewählt, wo die Bewirthung stattfinden wird.

Wiesbaden, 20. März. Seit einigen Wochen hält hier ein Jesuit Fastenpredigten über Unfehlbarkeit, und da Gesetz und Sitte nicht gestatten, ihm in der Kirche entgegenzutreten, so fordern ihn zwei Führer der hiesigen Altkatholiken, Appellationsgerichtsrath Petri und Assessor Reusch, öffentlich auf, mit ihnen in einer öffentlichen Versammlung über den Gegenstand zu disputiren. Man ist auf das Resultat dieser Aufforderung gespannt. (Fr. 3.)

Berlin, 21. März. In Anwendung des neuen Schulaufsichts-Gesetzes ist der erste Geistliche seiner Stellung als Schulpflichter entkoben worden. Es ist dies der Pfarramtverweser Vikar Krugka zu Bihlens im Regierungsbezirk Bromberg.

Berlin, 22. März. Der Kaiser empfing heute Vormittag die Glückwünsche des Hofstaats und der Kommandeure der Leibregimenter, hierauf die der Mitglieder der königl. Familie, der fürstlichen Persönlichkeiten sowie der aktiven Staatsminister.

Ausland.

Bern, 22. März. Der Bundesrath nimmt von Schritten gegen die in Genf verweilten Kommunisten Umgang, da laut Bericht der Regierung die bezüglichen Anschuldigungen grundlos sind.

Rom, 21. März. Ein Dekret der Regierung verordnet, daß die dem heil. Stuhle zugestandene fortdauernde Rente im Betrage von 3,225,000 Fr. mit Zinsgenuß vom 1. Jan. 1871 ab abgesondert in's große Schuldbuch einzutragen sei. Dieselbe ist von allen Abgaben befreit. — Nachrichten aus Palermo zufolge ist Prinz Friedrich Karl von Preußen am 20. nach Trapani abgereist.

Paris, 20. März. Der Marschall Bazaine ist gestern zum letzten Male von dem Untersuchungsrathe für die Kapitulationen vernommen und damit die Prüfung der Angelegenheit von Metz geschlossen worden. Wie über diese, so steht auch das Gutachten des Untersuchungsrathe über die Kapitulationen von Diederhofen, La Fère, Amiens (30. November) und Pfalzburg unmittelbar bevor.

Das 14. Kriegsgericht in St. Cloud verhandelte gestern gegen eine Anzahl von Föderirten, welche am 27. Mai den Apotheker Dubois in der Butte-aux-Cailles, der ihnen nicht gestatten wollte, aus seinem Hause den Kampf gegen die vorrückenden Regierungstruppen fortzusetzen, ermordet, seinen Leichnam noch grüßlich verstümmelt und sein Besitzthum geplündert hatten. Es wurden deshalb der Haupttrüdelführer, der Tagelöhner Rouillac, zum Tode, die Tagelöhner Rouillon, Raolphe Jamet und Zochmann zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, Garschot und Dumontes zur Deportation nach einem besetzten Plage und Octave Jamet zur einfachen Deportation verurtheilt.

Paris, 21. März. Das Kriegsgericht hat in der Affaire der unter der Kommune erfolgten Ermordung der Gendarmen

in der Rue Hoxo sieben der Angeklagten zum Tode, drei zur Deportation in einen besetzten Plage, sieben zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und andere zu geringeren Strafen verurtheilt. — In der Nationalversammlung wurde vom Finanzminister der Entwurf einer Zusatzkonvention zum französisch-deutschen Postvertrag überreicht. Die Kammer beschloß die Dringlichkeit für die Angelegenheit.

Paris, 22. März. Die Kommission für den Postvertrag vernahm den Postdirektor, welcher die Unmöglichkeit für Frankreich nachwies, das bisherige System, wonach die innern Tarifsätze unverkürzt Frankreich zustelen, aufrecht zu erhalten. Der Direktor führte aus, daß Deutschland bei dem neuen Abkommen weniger vereinnahmen würde als Frankreich. Der Minister des Aeußern erklärte, man müsse entweder den vorgeschlagenen Vertrag annehmen oder auf einen Postvertrag mit Deutschland verzichten. Die große Mehrheit der Kommission ist dem Postvertrag günstig geworden. — Man glaubt, die Beschlüsse der Tariskommission werden sich gegen die Besteuerung der Rohstoffe erklären.

Washington, 21. März. Der Kongreß ernannte einen Sonderauschuß zur Untersuchung der Waffenverkäufe an Frankreich und angeblicher Bestechung der Zollbeamten von New-York.

Verschiedenes.

Manheim, 20. März. (Schwurgericht.) Die heutige Tagesordnung brachte die Anklage gegen Johann Hennerich von Krumbach wegen Raubs zur Verhandlung: Am 18. Januar d. J. ging die ledige Katharina Schenck von Reisenbach nach Obereschefflenz, um bei einigen Bekannten eine Unterstüßung zu erbitten, die sie auch erhielt. Auf ihrem Heimwege in dem Walde zwischen Limbach und Balsbach wurde sie plötzlich von dem Angeklagten angehalten, und aufgefordert, ihm ihr Geld herauszugeben. Sie erklärte keines zu besitzen, worauf sie der Angeklagte an der Brust packte und rücklings zu Boden warf, zu gleicher Zeit aber auch in ihre Rocktasche griff und ihr Geldbeutelchen mit dem Inhalt sich aneignete; sodann sprang der Angeklagte in den Wald hinein und rief der laut weinenden Katharina Schenck nach, wenn sie nicht mache, daß sie fortkomme, werde er sie tödlich schlagen. Auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen wurde der Angeklagte unter Annahme mildernder Umstände zu einer Gefängnißstrafe von 1 1/2 Jahren verurtheilt.

21. März. In der heutigen Sitzung wurde Christian Faj von Mittelschefflenz, des Meineids angeklagt, freigesprochen.

Emmerich, 19. März. Am Sonntag Abend verfehlte einer der „fliegenden Männer“ in Lent's schwimmendem Circus, als er einen Raum von etwa 80 Fuß durchflog, sein Ziel, und stürzte aus der Höhe auf das Netz und mit diesem zu Boden. Die Aufregung der Anwesenden war groß, als der kaum 22jährige Mensch als Leiche von der Stelle getragen wurde.

In der Wohnung der Frau Rentier Schadow in Berlin stellten sich neulich Vormittags zwei elegante Herren und eine Dame in Trauer ein, um die Wohnung zu besichtigen. Die Dame empfing sie, wurde im Nu überwältigt, geknebelt und mit Chloroform betäubt. Die Diebe rafften viele Kostbarkeiten zusammen, namentlich auch ein Kistchen mit 18,000 Thlr. in Werthpapieren und entflohen, als die Tochter und das Dienstmädchen der Ueberfallenen vom Markte heimkehrten. Das werthvolle Kistchen ließen sie auf der Flucht zurück. Frau Schadow hatte die Fremden ohne Anstand empfangen, weil sie Tags vorher schon da waren und gesagt hatten, sie würden andern Tages mit ihrer Schwester wieder kommen, um das Quartier genauer anzusehen. Die Dame war ein verkleideter Gauner.

Bekanntlich hatten die Pariser vor der Belagerung einen elektrischen Draht, der die Hauptstadt mit der Provinz in Verbindung setzen sollte, in der Seine versenkt. Ein Mann aus Bougival, welcher zufällig dem Legen des Drahtes beigewohnt, verrieth die Sache an die Preußen, und diese schnitten ihn bei der Schleiße von Marly ab. Der Mann erscheint jetzt vor den Versailler Kriegsgerichten.

Für Landwirthe und Freunde der Landwirthschaft dürfte die Nachricht von Interesse sein, daß die Firma Moritz Weil jun. in Frankfurt a. M. jedem der es wünscht, Abbildungen und Beschreibung aller neuen landwirthschaftlichen Maschinen gratis übersendet, so oft neue Maschinen erfunden oder Verbesserungen gemacht werden. Die Anmeldung dazu hat nur einmal zu geschehen aber franco und erhält man dagegen auch die Abbildungen franco. —

Die Aushebung im Jahre 1872 betr.

Nr. 4369. Die alphabetischen Listen des Amtsbezirks Sinsheim für 1872, 1871 und 1870 sind neu angelegt, bezw. berichtigt und die Restantenliste vervollständigt. Dies wird mit dem Anfügen öffentlich bekannt gemacht, daß jene Listen 8 Tage hindurch auf diesseitiger Amtskanzlei zur Einsicht der Beteiligten aufliegen.

Sinsheim, den 21. März 1872.

Großh. Bezirksamt.
F r e y.

S. S.

der Ehefrau des Adam Ries vom Neuhauf, Elisabetha geb. Dieß

gegen

die Gantmasse ihres Ehemannes, Vermögensabsonderung betr.

Nr. 3605. Beschluß.

In Anwendung des § 1060 der P.-D. wird die Ehefrau des Gantmannes für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern.

Sinsheim, den 16. März 1872.

Großh. Bad. Amtsgericht.
M o r s.

[252] Häffner.

Nr. 1594. Am 10. d. Mts., Morgens zwischen 3 und 7 1/2 Uhr, wurde aus einer verschlossenen Stube des von Gemmingen'schen Pachthofes zu Rappenaun ein dem Knecht Anton Auer von Sindelfingen gehöriger Koffer nebst Inhalt entwendet. Der Koffer wurde am gleichen Tage im Bonfelder Walde gefunden, er war jedoch aufgebrochen und vom Inhalte fehlten

- zwei gute leinene Hemden,
- ein Paar wollene Socken,
- ein schwarzseidenes Halstuch,
- ein Messer mit schwarzem Heft und 3 Klingen,
- ein Messer mit Messingheft,
- eine Geldrolle mit 50 und eine ditto mit 15 Guldenstücken,
- eine Geldrolle von 10 fl. in Sechsern und Groschen,
- sowie 4 fl. sonstiges kleines Geld.

Wir bitten um Fahndung auf das Entwendete und den zur Zeit noch nicht entdeckten Thäter.

Neckarbischofsheim, den 18. März 1872.

Großh. Amtsgericht.
Fr. Walz.

Güterverpachtung.

Nr. 603. Nachfolgende bisher von Kaspar Petri in Pacht gehaltenen kirchenärarischen Grundstücke werden am

Mittwoch, den 27. d. Mts.,
Vormittags 10 Uhr,

in diesseitigem Geschäftszimmer anderweit verpachtet:

- 1/2 vom 4. Stiftshof,
- 1 Hekt. 44 Ar Acker im Krebsgrund Pl. Nr. 53,
- 60 Ar 43 Quadratmeter Acker im Häffner Pl. Nr. 67, zum Widdumgut gehörig,
- 25 Ar 83 Quadratmeter Acker im Quellsberg.

Sinsheim, den 23. März 1872.

Großh. Stiftschaffnei.
B a n z.

[251]

[236] Sinsheim.

Tapetenmuster,

Auswahl der neuesten und geschmackvollsten Dessins und zu den billigsten Preisen, empfiehlt Unterzeichneter zur gefälligen Ansicht, und bringt hiemit zugleich sein längst bestehendes Tapeziergeschäft in Erinnerung.

Jakob Gmelin jun.,

Sättler und Tapezier.

Zu Bestellungen
auf den

Wieslocher Anzeiger für Stadt und Land pro II. Quartal 1872

laden wir hiermit ganz ergebenst ein. — Wir werden es uns auch im 2. Quartale anlegen sein lassen, den geehrten Lesern unseres Blattes stets die neuesten und wichtigsten politischen u. Begebenheiten mitzutheilen, den mercantilen Interessen durch schleunigste Uebersetzung der Berichte über Handel und Verkehr, Tabak-, Wein- und Hopfenbau unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden, sowie durch gewissenhaft gewählte hochinteressante Feuilletons und andere anziehende Unterhaltungselektüre dem Blatte in allen Familien immer mehr Eingang zu verschaffen suchen.

Der Abonnementspreis des „Wieslocher Anzeigers“ beträgt durch die Post bezogen 45 fr. — Inserate werden die 3spaltige Garmondzeile oder deren Raum mit 2 fr. berechnet.

Recht zahlreichen Abonnements entgegensehend, zeichnet Hochachtungsvoll
Wiesloch, im März 1872.

Die Redaktion und Expedition des „Wieslocher Anzeigers“.

1a Ruhrer Schmiedkohlen, 1a Ruhrer Fettschrotkohlen,

liefere ich sowohl ab hier als auch ab Mannheim zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Rudolf Sperling, jr.
Holz- und Steinkohlen-Handlung

in Heilbronn a. N.

[240]

Gerberei-Verkauf mit Einrichtung.

In einer an zwei sich kreuzenden Bahnen gelegenen Amtsstadt Badens ist Familieneverhältnisse halber eine Gerberei mit vollständiger Einrichtung unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Dieselbe umfaßt: ein zweistöckiges Wohnhaus mit steinerner Scheuer, Stall, gewölbtem Keller, Werkstätte und schönem Gemüsegarten beim Haus, alles an einer Bach gelegen, ferner 10 Farben-, 2 Aeschern- und 1 Sauergrube, Trockenböden, Rahmen und Lohkäsemaschine für 36.000 St., laufender Brunnen mit gutem Quellwasser, Lohplatz mit 18 Gruben u. s. w.

Kauflihaber wollen sich an den Unterzeichneten wenden, der zu jeder näheren Auskunft auch gerne bereit ist.

Heinrich Müller,
Buchdruckerei in Pforzheim.

Ein tüchtiger Fenerschmied

wird gegen guten Lohn gesucht von
Gebr. Botsch in Rappenaun.

[251]



Für die rühmlichst bekannte
Großh. bad. privil.
Naturbleiche Pforzheim
nehme ich auch die jedes
Jahr Reinwand zur besten Ausbleichung an.

W. C. Köllreuter
in Sinsheim.

[254]

Fahrniß-Versteigerung.

Nächsten Mittwoch den 27. d. M. Vormittags 11 Uhr läßt der Unterzeichnete nachbenannte Gegenstände öffentlich versteigern:

- einen Mehllasten, einen Bienenkasten,
- eine Rübenschneidmaschine, eine Schützgelbank, einen Schubkarren, eine Windmühle, einen Stoßtroß, eine Stroßbank, eine Egge und Walze, einen Obstmaßtroß mit Stein und Kelter, 6 Delfässer, 1 1/2 Klafter eichenes Nutzholz, 3 Klafter durreres buchenes Prügelholz, Stangen, Reifig, Stumpen, Rinde, 3 Hacklöge und etwa 8 Zentner Müddel und 1/4 Zentner Mohnöl.

Steigliebhaber werden hierzu eingeladen.
Friedrich Mutschler.

Zu verkaufen

1 Klafter durreres buchenes Scheitholz. Wo? sagt die Expedition d. Bl. [253]